



DONNERSTAG, 15. MAI 2014

Internationale Politik

BRÜSSEL

Rat und Parlament befürworten eine Zunahme der Mobilität

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag, die europäischen Sozialsysteme zu harmonisieren und so der Freizügigkeit in Europa zu mehr Schwung zu verhelfen hat die Europäische Kommission einen ersten Teilerfolg erzielt.

Sowohl die Abgeordneten des EU-Parlaments als auch des Rates der Europäischen Union konnten sich auf eine grundsätzliche Befürwortung dieser Bestrebungen verständigen. Es gibt aber, deutliche Gegenstimmen, die grundlegende Reformen eher schwierig erscheinen lassen.

Nun kommt es darauf an, wie eine konkrete Gesetzesvorlage angenommen wird und inwieweit diese mehrheitsfähig ist. In einer neuerlichen Pressekonferenz stellte EU-Kommissarin Pham mit einer Vorlage für neue Richtlinie den Fahrplan zu mehr Mobilität vor. Der Gesetzesentwurf sieht umfassende Harmonisierung in den Bereichen der Krankenversicherung, des Arbeitslosen- und Berufsunfähigkeitsversicherung, der Rentensysteme und auch des Mutterschutzes bzw. der Förderung junger Eltern vor.

Gerade in diesen Bereichen bestehen in Europa große Unterschiede, die die Arbeitsaufnahme für Wanderarbeiter und Umsiedler erschweren bzw. für sie eine Risiko darstellen.

Mit einer Politik der kleinen Schritte, so Frau Pham, solle zunächst über die Harmonisierung der Rentensysteme Einigung erzielt werden, da dies als ein Kernbereich der Schwierigkeiten erkannt wurde.

Abwandernde Arbeitskräfte entziehen den europäi-

schen Staaten dringend benötigte Mitgliedsbeiträge, zuwandernde Rentenempfänger müssen sich durch einen Wust an unterschiedlichen Systemen und Anträgen kämpfen und die teilweise nicht ausreichenden Rentenansprüche machen sie zu Sozialfällen und belasten die Sozialkassen der Wohnorte.

Hier soll die Richtlinie Abhilfe schaffen und ein einheitliches europäisches Rentensystem hervorbringen. Die jeweils nationalen Rentenversicherungsträger sollen die Ansprüche der Rentenempfänger untereinander austauschen. Während der Versicherungsträger des aktuellen Wohnortes für die Auszahlung der Rente verantwortlich ist, ist die Rentenkasse des Herkunftslandes für die komplette Verwaltung des Arbeitslebens- und der Rentenansprüche zuständig.

Dieser Entwurf geht nun heute an die Mitglieder des Parlaments und des Rates mit dem Auftrag, hier eine beschlussfähige Mehrheit zu erzielen. Während sich Frau Pham sehr hoffnungsvoll und optimistisch zeigte, erwarten Fachleute große Schwierigkeiten für diesen Entwurf, da er in zahlreichen Bereichen nationalen Länderinteressen entgegensteht. Insbesondere der Punkt der Rentenfinanzierung ist ein Bereich, der europaweit sehr unterschiedlich gehandhabt wird und unter dem Aspekt des demografischen Wandels und auch der zu erwartenden Zu- oder Abwanderungen, als sehr sensibel gilt.

Die betroffenen Institutionen haben sich bereits zu ersten Beratungen getroffen und man ist bereits sehr gespannt, wie sich die Ländervertreter aber auch die einzelnen Fraktionen positionieren.

Summary:

Both, the EU-Council and the EU-Parliament, support the ideas of the European commission, to harmonize the social systems in Europe. Now it depends on the concrete implementation. Mrs Pham, head of the commission, introduces the suggestions for the draft proposal. Because of the forthcoming problems to accept them, she also prefers a “step by step”-policy and suggests to start with the annuity system for it is the main item. It is a matter of money and human resources for the countries and while Mrs. Pham was very optimistic, it is expected, that those ideas will lead to no common position. Especially the matter financing is very sensible item and both institutions are getting into negotiations about it.